

Forderungen für die neue Verfassung Europas

Dem Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V. (DFW) als dem größten Vertreter freigeistiger und kirchenfreier Interessen in der Bundesrepublik Deutschland ist es ein besonderes Anliegen, kulturelle Toleranz, Geistesfreiheit und Humanismus zu fördern sowie die Neutralität aller Staatlichkeit in Religions- und Weltanschauungsfragen zu sichern. Die Weiterentwicklung des europäischen Gedankens und der Wertegemeinschaft des sich vereinigenden Europa wird von uns ebenso unterstützt wie die schrittweise Erweiterung der Europäischen Union und der verfassungsrechtlich verbindlichen Grund- und Menschenrechte.

Der DFW fordert daher bei der Gestaltung der Europäischen Verfassung, die Neutralität in allen Religions- und Weltanschauungsfragen zu wahren sowie Gewissens-, Glaubens- und Weltanschauungsfreiheit strikt zu sichern:

1. Die neue Verfassung der EU muss die Religions- und Weltanschauungsfreiheit schützen. Die EU ist eine säkulare internationale Organisation. Die EU-Verfassung sollte daher keine einzelne Religion oder Weltanschauung hervorheben oder einen privilegierenden Rechtsstatus der christlichen Großkirchen zulassen, da Europa schon immer einen multi-religiösen und pluralistischen Hintergrund hatte. Einen wie auch immer formulierten Bezug in der Präambel oder an anderer Stelle der Verfassung zu einem Gott oder vorrangig zu einer christlich-abendländischen Tradition Europas lehnen wir ab. Dieser Bezug wäre sowohl historisch nicht gerechtfertigt als auch weltanschaulich diskriminierend.

2. Um die religiös-weltanschauliche Freiheit zu verteidigen, wendet sich der DFW gegen jegliche Diskriminierung kultureller Traditionen oder existierender demokratischer Gemeinschaften. Die Entwicklung und Wahrung von Toleranz als universellem Denk- und Verhaltensprinzip muss daher ein zentrales Anliegen der EU werden. Wir weisen darauf hin, dass dieses Bestreben in Übereinstimmung sein muss mit der „UN-Declaration on the Elimination of All Forms of Intolerance and Discrimination Based on Religion or Belief“, die von der Generalversammlung der UNO am 25. November 1981 angenommen wurde.

3. Der DFW weiß, dass nach internationalem Recht Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften auch durch Staatsgelder unterstützt werden können. Derartige Unterstützungen müssen die Prinzipien der Gleichbehandlung erfüllen und dürfen etwa die christlichen Kirchen nicht privilegieren. Dies ist zumindest in Deutschland bisher nicht gegeben.

4. Der DFW lehnt Vorschläge ab, innerhalb der EU-Kommission ein Religions-Referat zu schaffen. Dieses würde im Widerspruch zu einer säkularen internationalen Organisation stehen, die für alle Religionen und Weltanschauungen offen ist. Der Vorschlag der 163 EU-Parlamente

Der Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V. (DFW) ist ein Zusammenschluss von Verbänden und Gemeinschaften in Deutschland, die für die Verwirklichung der in Artikel 4 des Grundgesetzes garantierten Freiheit des Glaubens, des Gewissens und des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses eintreten. Er setzt sich dafür ein, dass niemand wegen seiner Herkunft, seiner Lebensauffassung und seines Geschlechts benachteiligt oder bevorzugt wird. Der DFW steht als Vertreter freigeistiger kirchenfreier Menschen ein für Humanismus, Toleranz und Menschenrechte, für ein friedliches Zusammenleben der Menschen unabhängig von ihren religiösen, weltanschaulichen und politischen Anschauungen und für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Mensch und Natur. Er ist für alle freigeistigen Gemeinschaften offen, die seine Ziele unterstützen. Der DFW ging 1991 aus dem Deutschen Volksbund für Geistesfreiheit hervor. Er setzt damit die Bestrebungen zur Bündelung der freigeistig-humanistischen Kräfte in Deutschland fort.



pfw – Pressediens des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.

Präsident: Dr. Volker Mueller, R.-Breitscheid-Str. 15, 14612 Falkensee, Tel. 03322-2121322

Auswertung/Abdruck honorarfrei, Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Schillerstr. 50, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

tarier (CONV 587/03) „Achtung der Grundsätze der Religionsfreiheit und der religiösen Neutralität des Staates“ entspricht unserem Verständnis der gebotenen Neutralität.

5. Wir fordern nachdrücklich die Aufnahme der völkerrechtlichen Position in die Verfassung, dass die Menschenrechte Vorrang vor den Souveränitätsrechten der einzelnen Staaten haben und die Prinzipien des Statuts des Internationalen Strafgerichtshofes uneingeschränkt für die EU und alle ihre Mitgliedsstaaten anerkannt werden.

Abschließend regen wir dringend an, das Inkrafttreten der Europäischen Verfassung durch einen Volksentscheid in den EU-Staaten bestätigen zu lassen.

Dr. Volker Mueller
Präsident

Horst Prem
Vizepräsident

Appell aus der Friedensbewegung an den Europäischen Verfassungskonvent

Die deutsche IALANA, die IPPNW und die Humanistische Union e.V. appellieren an den Konvent, in den Katalog der Grundwerte der Union auch friedenspolitische Zielsetzungen aufzunehmen. Außerdem muss an geeigneter Stelle vorgesehen werden, wie diese Zielsetzungen umgesetzt werden. Dafür machen wir folgende Vorschläge:

1. Die Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten verpflichten sich zur Bewahrung und Förderung des Friedens.
2. Sie verurteilen den Einsatz militärischer Gewalt als Mittel für die Lösung internationaler Streitfälle und verzichten auf ihn als Werkzeug ihrer nationalen Politik.
3. Der Einsatz militärischer Gewalt ist nur nach vorheriger Feststellung der rechtlichen Unbedenklichkeit in einem geeigneten Verfahren zulässig.
4. Die Gemeinschaft darf Atomwaffen und Massenvernichtungswaffen nicht herstellen, lagern, transportieren, testen oder verwenden.
5. Die Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten bekennen sich zum Vorrang der zivilen Konfliktschlichtung. Sie stellen zivile Kräfte zur Prävention und Schlichtung nationaler und internationaler Konflikte auf.

Der Versuch, die militärische Stärke der USA zu errichten, muss scheitern. Europa sollte in einen Wettbewerb um die bessere Methode zur Konfliktschlichtung eintreten. Ein Beispiel ist der Jugoslawien-Konflikt, in dem die europäischen Staaten bis zuletzt versucht haben, einen Krieg zu vermeiden (Rambouillet).

Die Festschreibung des Vorrangs ziviler vor militärischer Konfliktschlichtung ist anerkannt, aber nicht ausreichend. Diese Formulierung setzt unzutreffend voraus, dass Krieg ein Mittel zur Konfliktschlichtung ist. Die Vorherrschaft des Rechts nach der Regel „Rule of Law, not Rule of Power“ muss durchgesetzt werden. Dafür wird ein Apparat gebraucht.



pfw – Pressedienst des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.

Präsident: Dr. Volker Mueller, R.-Breitscheid-Str. 15, 14612 Falkensee, Tel. 03322-2121322

Auswertung/Abdruck honorarfrei, Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Schillerstr. 50, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

Ziffer 2 beruht auf dem Vertrag über die Ächtung des Krieges (Briand-Kellog-Pakt) vom 27. August 1928, der nach wie vor bindendes Völkerrecht ist.

Ziffer 3: Die Frage, ob ein Krieg geführt werden kann, ist auch eine Rechtsfrage. Deswegen muss eine entsprechende Prüfung gewährleistet sein, etwa durch ein Gericht (Vorschlag von Alt-Bundespräsident Herzog).

Ziffer 4 beruht auf dem völkerrechtlich verbindlichen Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zu Atomwaffen von 1996.

Ziffer 5 basiert auf dem 6. Kapitel der Charta der Vereinten Nationen und auf dem Europäischen Übereinkommen zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten vom 29. April 1957.

Wir glauben, dass ein Bekenntnis der Union zu diesen Zielen und deren Anwendung in der Praxis zu einem weltweiten Wettbewerb der Streitschlichtungskulturen führen wird. Alle Staaten, die in erster Linie auf militärische Gewalt setzen, werden sich dafür rechtfertigen müssen. Staaten, die in Konflikte verwickelt sind, werden zu entscheiden haben, welches Verfahren für die Schlichtung ihrer Konflikte besser geeignet, nachhaltiger – und billiger ist.

Dieser Erklärung vom Dezember 2002 schließt sich der Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V. grundsätzlich an.

Ludwig-Feuerbach-Briefmarke erscheint 2004

Auf Vorschlag des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften wird die Deutsche Post im kommenden Jahr eine Ludwig-Feuerbach-Briefmarke herausgeben.

Der Philosoph und freigeistige Denker Ludwig Feuerbach wurde am 28. Juli 1804 geboren. Sein 200. Geburtstag ist für den Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften ein bedeutender Anlass, das Jahr 2004 zum Ludwig-Feuerbach-Jahr auszurufen und alle Interessierten, Verbände und Gesellschaften aufzufordern, sich mit Leben und Werk des großen Denkers zu beschäftigen und sich mit seinen philosophischen, religionskritischen und humanistischen Auffassungen auseinanderzusetzen.

Mit Mut trat Feuerbach für das freie Philosophieren und ein sozial gerechteres Zusammenleben ein. Er stand am Ausgang der klassischen und aufklärerischen Philosophie in der Mitte des 19. Jahrhunderts und befruchtete das freigeistige Denken bis in unsere Tage. Er verband einen philosophischen Materialismus mit der Emanzipation der Naturwissenschaften von Theologie und Glaube. Mit seinem Hauptwerk „Das Wesen des Christentums“ (1841) sowie seinen „Vorläufigen Thesen zur Reformation der Philosophie“ (1842) und seinen „Grundsätzen der Philosophie der Zukunft“ (1843) wurde Feuerbach zu einem der bedeutendsten Vertreter der demokratischen Bewegung des Vormärz in Deutschland. Er war zeit seines Lebens mit dem Kampf für Recht und Wahrheit, für Menschlichkeit und Freiheit verbunden.

Der DFW ruft alle Vereinigungen und Gemeinschaften zur Durchführung entsprechender Feuerbach-Veranstaltungen im Jahr 2004 auf. Der DFW wird seine Hauptversammlung 2004 zu Ehren des Philosophen und Freigeistes gestalten.



pfw – Pressedienst des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.

Präsident: Dr. Volker Mueller, R.-Breitscheid-Str. 15, 14612 Falkensee, Tel. 03322-2121322

Auswertung/Abdruck honorarfrei, Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Schillerstr. 50, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

Vatikan und Slowakei schließen Pakt zur Gewissensfreiheit

Das Parlament der Slowakei hat die dortige Regierung beauftragt, einen Sondervertrag mit dem Vatikan über die Gewissensentscheidung seiner Bürger abzuschließen. Dies würde den Einfluss der Katholischen Kirche in der Slowakei über die Institutionalisierung der (natürlich hier nur christlich geprägten) Gewissensentscheidung stark erweitern. Auf der Basis des geplanten Abkommens könnten zum Beispiel Ärzte die Teilnahme an einem Schwangerschaftsabbruch in ihrem Spital ablehnen, ohne mit rechtlichen Folgen rechnen zu müssen. Auch Richter könnten sich weigern, Scheidungsfälle zu verhandeln, wenn das gegen ihr Gewissen ginge. Lehrer könnten eine gegen die kirchliche Lehre gerichtete Sexualaufklärung in den Schulen verhindern.

Das Abkommen zur Gewissensfreiheit ist ein Pakt, der erstmals zwischen dem Vatikan und einem europäischen Staat geschlossen wird. Er hat weitreichendere Auswirkungen als alle Konkordate des Heiligen Stuhls, die in den letzten Jahren mit Staaten wie Kroatien oder Litauen abgeschlossen wurden. Der Papst hat bei seinen Bemühungen um eine Re-Evangelisierung Europas verstärkt auf die Ausweitung seines Einflusses in den ehemaligen Ostblockländern gesetzt. Zuletzt verlangte Polen im Rahmen seiner Beitrittsgespräche mit der Europäischen Union eine Ausstiegsklausel bei all jenen EU-Entscheidungen, die Gesetze mit moralischen Implikationen betreffen.

Viele Kritiker sehen in der verstärkten Zusammenarbeit zwischen dem Vatikan und den neuen Demokratien im europäischen Osten die Trennung von Kirche und Staat gefährdet.

Tag der freien Religion

Am Wochenende vom 17.-19. Oktober 2003 werden die Freireligiöse Landesgemeinde Baden und die Freireligiöse Gemeinde Mannheim den ersten Tag der freien Religion im Mannheimer Novotel veranstalten.

Das Motto lautet: „Voneinander lernen – Miteinander leben“

Die dreitägige Veranstaltung beinhaltet einen kulturellen Teil zur Eröffnung am Freitag Abend, eine interreligiöse Stadtführung durch Mannheim am Samstag Vormittag, verschiedene Gesprächs- und Workshop-Angebote zum freireligiösen, freigeistigen, humanistischen Spektrum am Samstag Nachmittag, einen bunten Abend am Samstag und eine Abschlusskundgebung am Sonntag Vormittag. Im Mittelpunkt stehen Information, Vergleich und Austausch und mögliche Ansätze für verstärkte Zusammenarbeit.

Freigeistige Verbände sind aufgefordert, sich mit einem Teil ihrer Mitglieder an der Veranstaltung zu beteiligen.

Geplant ist, dass Verbände und Organisationen aus dem freigeistigen Spektrum im Vorfeld mit teilweise selbstgestalteten Plakaten auf die Veranstaltung hinweisen. Die Plakate werden Teil ei-



pfw – Pressediens des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.

Präsident: Dr. Volker Mueller, R.-Breitscheid-Str. 15, 14612 Falkensee, Tel. 03322-2121322

Auswertung/Abdruck honorarfrei, Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Schillerstr. 50, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

ner Präsentation der Arbeit und Angebote im freireligiösen/freigeistigen/humanistischen Spektrum sein und an Stellwänden während der Veranstaltung ausgestellt werden.

Verbände, die beispielsweise ein besonders gut gelungenes Projekt präsentieren möchten, können dies in einem Workshop tun, von dem andere Gruppierungen Anregungen für eigenes Tun mit nach Hause nehmen können.

Weitere Informationen gibt es bei der Freireligiösen Landesgemeinde Baden in Mannheim unter Tel. 0621-22805.

Freigeistiges Jugendtreffen

Die jungen Mitglieder des Humanistischen Freidenkerbundes führen vom 5. bis 7. September 2003 in Bollmannsruh/Beetzsee (bei Potsdam) ein weiteres Landestreffen junger Freidenker und Humanisten in Brandenburg durch. Dazu laden sie diesmal Vertreterinnen und Vertreter auch aus anderer freigeistiger Jugendarbeit, insbesondere aus freireligiösen und unitarischen Jugendgruppen ein.

Auf dem Programm von Freitagabend bis Sonntagmittag sollen stehen: Kennenlernen, Spaß, Party am Abend, Gesprächsrunden über Inhalte und Methoden unserer Jugendarbeit. Kosten für zwei Übernachtungen und Verpflegung: 54 Euro.

Anfragen und Anmeldungen bitte an: Humanistischer Freidenkerbund Havelland e.V., 14641 Nauen, Karl-Thon-Straße 42, Tel. 03321-450746, Fax 03321-450747.

Gedenken an Michael Servetus zum 450. Todestag

Leben, Werk und Märtyrertod von Michael Servetus (1511-1553) sind, zusammengenommen, einer der Grundsteine des modernen Unitariertums. Sie repräsentieren aber auch eine entscheidende Phase im Kampf um religiöse Freiheit und Menschenrechte, der in den stürmischen Jahren der Reformation begann. Als Arzt, Jurist und Religionsphilosoph entwickelte er antitrinitarische Auffassungen und wurde ein kritischer Humanist. Er entdeckte den kleinen Blutkreislauf und widmete sich intensiv den Naturwissenschaften. 1533 veröffentlichte er gegen den Calvinismus sein Hauptwerk „Christianismi restitutio“.

Servetus' Tod auf dem Scheiterhaufen der Inquisition unter Calvins Mitwirkung jährt sich am 27. Oktober zum 450. Mal.

Der Internationale Rat der Unitarier und Universalisten (ICUU) gedenkt dieses 450. Todestages mit einer Wochenend-Veranstaltung in Genf vom 23. bis 27. Oktober 2003 im John Knox International Reformed Centre. Das Programm sieht Textbearbeitung, Feierstunde und Lesung vor. Den Abschluss bildet eine Gedenkfeier an dem Ort, an dem Servetus starb.

Rev. Dr. Elek Rezi ist stellvertretender Bischof der Transsylvanischen (Siebenbürger) Unitari-



pfw – Pressediens des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.

Präsident: Dr. Volker Mueller, R.-Breitscheid-Str. 15, 14612 Falkensee, Tel. 03322-2121322

Auswertung/Abdruck honorarfrei, Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Schillerstr. 50, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

schen Kirche (Unitarische Kirche in Rumänien) und Dekan der Unitarischen Theologischen Fakultät in Koloszvar/Cluj/Klausenburg. Er wird über den Einfluss sprechen, den Servetus auf Franz David ausübte, und über die Anfänge unitarischer Tradition in Siebenbürgen und Ungarn.

Rev. Andrew Hill von der unitarischen Kirche St. Mark in Edinburgh, Schottland, ist ein führender britisch-unitarischer Historiker. Er wird die herausfordernde These aufstellen, dass die unitarische Tradition im Grunde John Calvin mehr verdankt als Servetus.

Rev. Dr. Peter Hughes ist Vizepräsident der Unitarisch-Universalistischen Historiker-Gesellschaft und Hauptherausgeber des Internet-Nachschlagewerkes mit Biografien von Unitariern und Universalisten. Zusammen mit seiner Ehefrau Lynn plant er gegenwärtig zum 50. Jahrestag einen Nachdruck der 1953 erschienenen Biografie von Roland H. Bainton: „Hunted Heretic: the Life and Death of Servetus“ („Ein gejagter Ketzer: Leben und Tod des Servetus“). Obwohl er sich auf die Geschichte der Universalisten spezialisierte, hat er eine Vorliebe für Servetus und wird über die Bedeutung des Opfertodes von Servetus sprechen.

Am Sonntagmorgen ist Gelegenheit, die Stadt Genf zu besichtigen. Für den Sonntagabend ist eine künstlerische Darbietung über Servetus vorgesehen. Am 27. Oktober werden die Teilnehmenden – als Vertreter der weltweiten Gemeinschaft der Unitarier und Universalisten – an dem Ort zu einem Gedenken zusammenkommen, an dem Servetus seinen Märtyrertod erlitt.

In dieser Veranstaltung können wir einen der berühmtesten freigeistigen Vorläufer ehren und seine über 450 Jahre andauernde Bedeutung beurteilen.

Kosten für die Übernachtung pro Person (einschl. Tagungsbeitrag und allen Mahlzeiten):

Doppelzimmer: 425 Schweizer Franken - 215 engl. Pfund - 300 US Dollar

Einzelzimmer: 520 Schweizer Franken - 260 engl. Pfund - 365 US Dollar

Weitere Informationen gibt gerne (bitte in englischer Sprache anfragen!):

Ivanka Fiserova (icuu@iol.cz), ICUU Administrative Office, Karlova 8, 110 00 Praha 1, Czech Republic. Tel. (+420) 222 222 105; Fax (+420) 222 222 197

Cliff Reed / Antje Paul

Einladung zur Rom-Fahrt 18.-24.10.2003

Die „Ewige Stadt“ mit ihren antiken Bauten soll im Herbst das Ziel der jungen Reisegruppe (ab 14 Jahren) der Freireligiösen Landesgemeinschaft Hessen sein. Diese Stadt bietet sich vor dem Hintergrund freireligiöser Geschichte geradezu an, um u.a. den Inhalten des christlichen Glaubens in Aussage und Widersprüchlichkeit auf den Grund zu gehen.

Es geht dabei aber nicht nur um das Begreifen antiker religiöser Wurzeln, sondern auch um die des Humanismus, gebunden etwa an den Namen Giordano Bruno, der in Rom geboren wurde und gewirkt hat. Und es geht um das Verstehen jener Religions- und Philosophiegeschichte, die Entwicklungen bis hin in unsere Zeit maßgeblich geprägt und mitbestimmt hat.

Die Teilnahme setzt den Besuch eines Tagesseminars voraus, das am Sonntag, 28. September 2003 (10.30 bis 15 Uhr) in Wiesbaden, Rheinstraße 78, vorab Sachinformationen gibt und auf das Besichtigungsprogramm einstimmt. Die Busreise führt in ein Feriendorf nahe Rom. Die Kosten liegen bei 300 Euro für Fahrt, Unterkunft, Halbpension, Programm und Vorbereitungsseminar inkl. Mittagessen/Getränke. Nähere Informationen über Tel. 06102-770750.



pfw – Pressediens des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.

Präsident: Dr. Volker Mueller, R.-Breitscheid-Str. 15, 14612 Falkensee, Tel. 03322-2121322

Auswertung/Abdruck honorarfrei, Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Schillerstr. 50, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513